An psychischen Erkrankungen hat soziale Ungleichheit Schuld

In reichen Ländern mit ausgeprägten sozialen Unterschieden – zum Beispiel in Großbritannien – sind psychische Erkrankungen viel weiter verbreitet, teilt eine Untersuchung der Weltgesundheitsorganisation mit. Der Autor des Berichtes, Lynn Fridley, kam in allen europäischen Ländern zu dieser Schlussfolgerung.

Die Politiker müssen der Wahrheit ins Gesicht schauen: Die Garantie für psychische Gesundheit und für den Wohlstand einer Nation liegt in der Beseitigung des Abgrunds zwischen reich und arm, betonte Fridley. Nur radikale und breite Reformen des politischen Kurses werden dabei helfen, die Zunahmetendenz der Ungleichheit zu überwinden – so im Bericht. "Soziale Ungleichheit ist einer der Hauptgründe für Stress. Es steigert auch den Stress bei jenen, die gezwungen sind, sich mit materiellem Mangel abzufinden," erklärt der Wissenschaftler.

Die sogenannte "Tabelle des vergleichenden Glücks" zeigt oft, dass die Einwohner von Ländern, wo das Einkommen relativ gleich ist, eher mit dem Leben zufrieden sind (Schweden nimmt einen der obersten Plätze ein, Großbritannien einen der untersten). Weiter fand Fridley heraus, dass in reicher werdenden Ländern zwar die Sterblichkeit sinkt, aber die Häufigkeit psychischer Erkrankungen zunimmt. "Es ist wichtig, die Häufigkeit psychischer Erkrankungen in einer Gesellschaft nicht als Ursache einer individuellen Abweichung von der Norm zu beurteilen, sondern eher als Reaktion auf die Ungleichheit, die der relative Mangel am materiellen Wohlstand bewirkt," besagt der Bericht weiter.

Eine starke Ungleichheit verstärkt die Konkurrenz bei der hohen gesellschaftlichen Stellung und das Gefühl der Unsicherheit des eigenen Statut in allen Einkommensschichten, sowohl unter Erwachsenen, als auch unter Kindern. Nach Meinung von Fridley müssen solche seelischen Zerrüttungen, wie Depressionen, mit sozialen Mitteln behandeln werden, was unsere Vorstellung über den gewünschten Aufbau einer Gesellschaft radikal verändert. "Für das Wirtschaftswachstum musste eine soziale Rezession bezahlt werden," versichert Fridley.

Der Autor des Berichts empfiehlt, "soziale, kulturelle und wirtschaftliche Voraussetzungen für das Familienleben" zu schaffen – zum Beispiel, Maßnahmen gegen Kinderarmut einzuführen und Arbeitsbedingungen zu fördern, die leicht mit der Familie vereinbar sind. Gleichzeitig ist es sinnvoll, die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung bei Personen auszudehnen, bei denen sich psychische Erkrankungen oder schon solche Symptome zeigen. Man muss die Auffassung bekämpfen, dass Armut etwas schändliches ist, meint Fridley.

Übersetzung: Jörg Drescher, Projekt Jovialismus, http://www.iovialis.org

Quelle: http://www.osvita.org.ua/news/42832_ru.html